

Ausschlussdrohung gegen Oppositionelle

„Baugewerksbund kämpft seit 40 Jahren für den Sozialismus. RGO-Führer sind Verbrecher“

Der Vorstoß der Opposition in den reformistischen Gewerkschaften ist die Herren-Gewerkschaftsführer nicht mehr ruhig lassen. Alles Geldverleiher und alle Hecke gegen die RGO und RGO in ihren Verb- und Mandatblättern verleiht sein Ziel. Aber denn je erkannt die Arbeiterklasse, daß die reformistischen Gewerkschaftsführer gar nicht daran denken, irgendwelchen Kampf gegen die weitere Verelendung breiter werktätiger Massen auszuführen. Immer härter wird die Rebellion in den Gewerkschaften, immer öfter kommt die Kampfwilligkeit der bis aufs Blut gegenwärtigen Klassen des Kapitalismus in allen Gewerkschaftsversammlungen zum Ausdruck. Die kauernden Massen erkennen immer deutlicher, daß der Kampf um die Erhaltung ihrer Existenz, der Kampf um Arbeit, Freiheit und Brot nur über die Spitze der Gewerkschaftsbürokratie hinweg in der roten Klassenfront siegreich geführt werden kann.

Trotz dem Kampf fürchten die Gewerkschaftsführer wie die Pest, weil sie wissen, daß wenn die gesamte Arbeiterklasse ihren Platz erkannt haben wird, ihre Rolle ausgespielt ist und so erlischt die auch der mächtigste Hahn, der gegen die Funktionäre der reformistischen Arbeiterklasse, die aufläufig unter der Arbeiterklasse wirken, losgelassen wird.

Auch der Bundesvorstand des Baugewerksbundes ist durch die Revolte der Opposition aus seinem Schloß gedrückt worden. Die Generalversammlung des RGO Zittau, in der den reformistischen Führern die Masse vom Gehirnt geblieben wurde, in der ein großer Teil der Mitglieder den Kampf gegen alle Verzögerungen und Vorbereitung derselben in den Betrieben nach Wahl von Kampfausschüssen forderte, hat nun den Bundesvorstand auf den Kopf gestürzt, der da glaubt, durch ein 24 Seiten langes Schreiben unseren Genossen durch die Drohung des eventual. Ausschlusses von seiner weiteren revolutionären Gewerkschaftspolitik abhalten zu können.

Der betreffende Genosse teilt uns dazu folgendes mit: In der „Arbeiterstimme“ vom 30. Januar 1932 wurde der Antrag der revolutionären Gewerkschaftsopposition im Baugewerksbund Zittau veröffentlicht. Der Bundesvorstand stellt mit nun einen 24 Seiten langen Text, in welchem dem Inhalt unseres Antrages widersprochen und meine Besorgnis „nach § 16, Ziffer der Bundesordnung mit einer Klage bestraft wird“. Doch an Strafmandate sind die Kommunisten gewöhnt, ohne daß von uns deshalb unsere revolutionäre Arbeit vernachlässigt wird. Das haben selbst Denunziationen von Seiten der Gewerkschaftsbürokratie bei der Staatsanwaltschaft nicht fertig bekommen.

Herr Rosenzweig erläßt Strafmandat

Bedeutende Bedeutung verdient aber oben genannte Strafe, weil nach Inhalt des Schreibens im Interesse der Bauarbeiterkassen liegt. Hierzu folgendes:

Die strafbare Handlung soll darin bestehen, weil wir verlangen einen Kampfausschuss zu wählen und sogar unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition, weil wir die Meinung sind, vorerst müsse der Widerstand der Gewerkschafts- und RGO-Führer gebrochen werden, ehe ein Kampf gegen Geld und Brot mit Erfolg geführt werden kann. Des weiteren wird mit der Aufforderung, die Gewerkschaftsführer unterwerfen der kapitalistischen Seite. Doch wie liebenswürdig, ist der Bundesvorstand, er teilt mir mit, daß alle Angelegenheiten der Mitglieder von ihm begründet werden, natürlich nur im Interesse der Bauarbeiter liegen, deshalb kann sich der Bundesvorstand nicht „reißlos“ unseren Forderungen anhängen. Das ist uns verständlich, wenn wir als revolutionäre Gewerkschaftsopposition nur beim Reden bleiben, ist es für die Verhältnisse nicht gefährlich, und diese Verhältnisse des Kapitalismus haben jetzt ein solch radikales Gesicht mit in Kauf nehmen. Gerade daran müssen wir als revolutionäre Gewerkschaftsopposition die Notwendigkeit des Handelns begreifen.

Weniger schreibt der Bundesvorstand, schon vor 40 Jahren sei die Arbeit und Brot für ein sozialistisches Deutschland gekämpft worden und nicht erst seit unserer Generalversammlung, denn wir haben es schon gemacht, uns zu organisieren. So steht nur eine Frage, ist der Bundesvorstand wirklich in immer logischer Denkfähigkeit zu befrachten, daß er heute schon neben seiner Theorie der Wirtschaftsdemokratie mit dem Kapitalismus, die Theorie der Organisationsmöglichkeit vor der Gewerkschaft des einzelnen Menschen stellt. Wir wissen aber, daß solche Theorien nicht nur vom Baugewerksbund gut bezahlt werden können, auch bei den Kapitalisten vollste Anerkennung finden. Wir Arbeiter nennen dies bezahlten Blödsinn.

Genau derselbe Blödsinn, wenn Herr Kollege Richter, Dresden, in seiner Eigenschaft als Bezirkssekretär, in unserer Generalversammlung erklärt:

Karl Marx hätte geschrieben, die Proletariat müßte ein Interesse an der Entwidlung der Produktivkräfte im Kapitalismus haben, denn wenn die Produktivkräfte noch mehr entwickelt würden, dann seien sie in der Lage, die 8 Millionen Erwerbslose wieder in die Produktion einzureihen.

„RGO-Führer sind Verbrecher“
Fortfahrend schreibt der Bundesvorstand, das großmütige Schandversteck, notorische Spalter die Gewerkschaften an eine Partei ausliefern wollten, welche an die niedrigsten Instanzen der Menschen appelliert, fanatische RGO-Anhänger hätten schon angekündigt, daß dieses ein Verbrecher an der Arbeiterklasse sei und wir sollten doch die wahren Feinde im eigenen Lager erkennen.

Recht so, wir haben die Feinde im Lager der Arbeiterklasse in unserer Resolution festgelegt, darüber hinaus auch die großmütigen Schandverstecke und notorischen Spalter in Gestalt der reformistischen Gewerkschaftsführer und auch die Partei, welche mit kapitalistischen Methoden als Kapitalnecht versucht, die um Arbeit kämpfende Arbeiterklasse niederzuschlagen.
Der Bundesvorstand gibt am Schluß seines Schreibens mit Regung zum Nachdenken und zur Umkehr, sonst würde mein Ausschluß aus der Gewerkschaft erfolgen.
Der Bundesvorstand organisiert also mit dem von August

Rebel so oft stützten „alten Ziel“, verzicht aber dabei wie der Kampf des Baugewerksbundes in den 18 Jahren deutscher Republik im Zeichen der Wirtschaftsdemokratie und des „organisierten Kapitalismus“ geführt wurde. Kampf im Munde des Bundesvorstandes heißt also: Zustimmung der Gewerkschaftsvertreter zu allen Notverordnungen, aktive Teilnahme an der Ausplünderung der Arbeiterklasse durch Egger und Graßmann im Reichswirtschaftsrat und nicht zuletzt das Eintreten der RGO-Bürokratie für die Kandidatur Hindenburgs, den man 1925 bei der Präsidentschaftswahl als Klassenhändler bezeichnete. So, Bauarbeiter, steht der „Kampf“ des Baugewerksbundes aus.

Nun das Ergebnis: Karl Marx hat in der Entwicklung der Gewerkschaften besonders darauf hingewiesen, daß die primäre Aufgabe der Gewerkschaften sein muß, durch Revolution die kapitalistische Herrschaft zu bürsten. Nur die sekundäre Aufgabe besteht darin zu kämpfen für Reformen innerhalb des Kapitalismus. Karl Marx schließt für die Proletarier aller Länder stehen nur zwei Fragen, Untergang in die kapitalistische Barbarei oder Kampf für den Sozialismus. Ich habe mich nun seit meiner Jugend für das letztere entschieden und erkläre auch fernerhin, meine beschriebenen Kräfte in diesen Dienst zu stellen. Somit werde ich mich auch weiter für die von Karl Marx ausgeleiteten und unter Führung von Lenin in Rußland verwirklichteten Ziele der revolutionären Gewerkschaftsopposition unter Führung der Kommunisten einsetzen und die im bisherigen Kampf erkannten Mängel abhaken und entschloßener als bisher den Kampf gegen die im Lager der Arbeiterklasse stehenden Feinde des Proletariats, die Reformisten zu führen.

Nun kurz die Aufgaben im heutigen Baugewerksbund, vor welche die revolutionäre Gewerkschaftsopposition gestellt wird:

Wir müssen im Bereich der Baugewerkschaft Zittau eine Konterrevolution organisieren, wo in Verbindung mit der RGO unsere nächsten Aufgaben besprochen und festgelegt werden. Unsere Anhänger müssen in allen Orten Mitgliederversammlungen vorbereiten, wo die Maßnahmen des Bundesvorstandes besprochen und der Gegenangriff organisiert wird. Alle diese Vorbereitungen müssen getroffen werden mit der Zielsetzung, ersten Verwirklichung des Antrages im Lager der Arbeiterklasse, das heißt, Beilegung des Klassenkampfes der Gewerkschaftsbürokratie, zweitens Dr-

ganisierung von Streiks unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition im kommenden Frühjahr.

Dieses können wir nur erreichen, wenn eine planmäßige Fraktionarbeit geleistet wird und jeder Klassenbewußte Arbeiter die Notwendigkeit der Organisierung von Kämpfen erkennt. Streiks können nicht kommandiert werden, sondern müssen aus der Ueberzeugung der Mehrheit der Arbeiter im Betrieb, auf der Baustelle und Stempelstelle geboren sein. Diese Ueberzeugung ist aber nur möglich, wenn alle Kommunisten die Notwendigkeit der innergewerkschaftlichen Arbeit erkennen und beginnen, die Beschäfte unseres JH durchzuführen.

Die Feinde im Lager der Arbeiterklasse müssen zwischen den zwei Fronten, ersten innergewerkschaftliche Arbeit der revolutionären Gewerkschaftsopposition gegen die sozialfaschistischen Führer und ihre Isolierung von den Massen, zweitens der Sturmangriff der RGO von außen durch Betriebsarbeit und Organisierung von Kämpfen der Betriebsarbeiter gegen Lohnraub und bei den Erwerbslosen gegen Unterstützungskassen und Pflichtarbeit, gelockt werden.

Nur dadurch werden wir in der Lage sein, die reformistischen Agenten des Kapitalismus, die Führer der RGO und der Gewerkschaften, zu besiegen, die Mehrheit des Proletariats zu erobern somit siegreich zu kämpfen für Arbeit und Brot in einem sozialistischen Deutschland.

Am liebsten Genossen aber einen Schreck einzujagen, erteilt man ihm eine Klage und spricht dabei aus, daß er bei der geringsten Betätigung im Sinne der RGO seinen Ausschluß zu gewärtigen habe.

Bange machen gilt nicht, Herr Rosenzweig, unbedrückt werden wir als Kommunisten unsere Arbeit in den Gewerkschaften fortsetzen, um auch dem letzten Arbeiter die Hände von den Augen fortzunehmen, damit er keine „bewährten Führer“ erkennt und den Strich nicht zwischen sich und den Stützen des Kapitalismus, den reformistischen Gewerkschaftsführern, Herr Rosenzweig, über den Strich zieht. In der Arbeiterklasse wird das siegreiche Proletariat selbst richten, es braucht dazu nicht die Hilfe einiger laider Gewerkschaftsbeamten, die sich mit Leib und Seele dem Kapitalismus verschrieben haben.

Berliner Konfektionsarbeiter erklären:

„Kampf um höhere Löhne ist die beste Unterstützung der Kandidatur Thälmanns!“

Berlin, 13. Februar (Eigener Bericht)
Am Donnerstag fand eine Betriebsversammlung des Herrenwäschereibetriebes im Berliner Osten statt. Die Versammlung nahm einstimmig folgende vorläufige Resolution an:

„Die Belegschaft von Strauß-Herren-Wäsche-Betrieb, Berlin O., erhebt ihr härtesten Protest gegen den japanischen Heberfall auf China und die Bedrohung der Sowjetunion. Wir begrüßen die Kampfkampagne der Haken- und Transporthändler gegen die Munitionslieferungen an den japanischen räuberischen Kapitalismus.“

Den Volksgemeinschaftsrat für Hindenburg, die „Eiserne Front“ und die „Hammerstaaten“, beantworten wir mit der Bildung eines betrieblichen Einheitsausschusses zur Unterstützung der Thälmann-Kandidatur. Die mitsprachende Unterstützung ist unser Kampf

1. um die Wiederheroberung des Lohnes vor der Notverordnung;
2. Abwehr der geplanten Entlohnungen;
3. um sofortige Beschaffung einer anständigen Garderobe und Kleiderkäufe, Wäschelegende, Kleider und anderer fehlender hygienischer Einrichtungen.

Chemiker Zimmerer für Thälmann

In sämtlichen Betriebsversammlungen der Chemiker Zimmerer, die in den letzten Tagen stattfanden, wurde gegen ganz wenige Stimmen eine Resolution für den Kampf gegen die Notverordnungspolitik der Brüningregierung, gegen Hunger und Faschismus und gegen die „Eiserne“ Hindenburgfront angenommen. Gemeinsam mit den kommunistischen und parteilosen Zimmerern stimmten die sozialdemokratischen Zimmerer für den roten Kandidaten des deutschen Proletariats, für den Genossen Ernst Thälmann. Die Verbandsbeamten wagten es nicht, auch nur in einer Betriebsversammlung für die Hindenburgkandidatur oder gar für die „Eiserne Front“ oder die Hindenburghammerstaaten Propaganda zu machen. Die Spalter Mäße, Scheibe und Konfuzien erhielten eine deutliche Antwort auf ihre sozialfaschistische Spaltung- und SPD-Politik im Zimmererverband.

Beitragseintreibung mit Hilfe der bürgerlichen Gerichte

Die Verbandsbürokratie der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter will sich die Beiträge von Seiten der Mitglieder mit Hilfe des Klassengerichts sichern. Wer in der letzten Zeit die

Belegschaft gelesen hat, der wird bemerkt haben, daß man das Gericht als solches, jetzt als sozialistisches Klassengericht bezeichnet nach den Urteilen von Essen und Köln. Das hindert aber die Verbandsbürokraten nicht, diese Propagandablässe der „Eiserne Front“ und Notverordnungen, daselbst Gericht gegen die eigenen Klassengenossen in Bewegung zu setzen. So will der Verband die bei Selbmann beschäftigten Arbeiterinnen, die mit ihren Beiträgen im Rückstand sind, vor den Kahl schleifen. Der faschistische Staatsapparat soll ihnen ihren Lohn für den Beitrag beim Kampf um die Notverordnungen sicherstellen.

Arbeiter! Arbeiterinnen! Steht in die RGO, nur durch Kampf kann Lohnabbau abgewehrt werden. Für den roten Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann, gegen Brüning, Hitler, Hindenburg.

Betriebsarbeiter stärken den Wahlfonds der RPD

Die zu hundert Prozent freigewerkschaftlich organisierte Belegschaft der Deutschen Enthalte in Reichenbach begründete in einer sehr gut besuchten Betriebsversammlung die Kandidatur des Genossen Thälmann. Die Belegschaft beschloß aus der Sechserliste 15 März dem Wahlfonds der RPD zu überweisen.

Die Eisenbahner von Breslau und Chemnitz-Hilfsbedarf begrüßten begeistert die Kandidatur des Genossen Thälmann. Mehrfache Entlohnungen wurden angenommen von Betriebsversammlungen der Braunkohlengrube Wille.

Christliche Arbeiter für den roten Arbeiterkandidaten

In Gutzorf bei Gladbach-Rhendt erzwangen die christlichen Arbeiter in einer Zentrumsversammlung Redefreiheit für zwei Kommunisten. Nach scharfer Abrechnung mit dem Brüning-Kurs riefen die anwesenden katholischen Arbeiter und Arbeiterinnen begeistert: „Hoch der rote Arbeiterkandidat Thälmann!“ Der Zentrumsreferent wurde bei seinem Schlußwort von seinen eigenen Parteigenossen am Sprechen gehindert.

36-Farben liefern Kriegsmaterial

Die 36-Farben legt die Herstellung von Chemikalien, die für die Sprengstoffherzeugung verwendet werden, in gesteigertem Maße fort. Die höchsten Farbwerte lieferten bis zum 13. Februar nicht weniger als 150 000 Tonnen Salpeter an Frankreich, von wo die Ueberlieferung nach Ostasien erfolgt. Wie die Arbeiterkorrespondenten der Ludwigshafener kommunistischen Arbeiterzeitung mitteilen, werden auch dort von den 36-Farben mit Hochdruck Sprengstoffprodukte hergestellt.

Pro Schicht werden 1 bis 2 Waggons Staubsoda mehr verbraucht als früher. Als Mindestproduktion werden pro 24 Stunden 200 bis 210 Tonnen Natriumsalpeter verlangt. Die tatsächliche Produktion beläuft sich jedoch pro Schicht von 8 Stunden auf 100 Tonnen, so daß die Tageserzeugung in drei Schichten 250 bis 300 Tonnen beträgt. Die Nitritproduktion beträgt pro 24 Stunden 15 Tonnen. Das Nitrit, das früher in kleinen Tonnen verpackt wurde und die Aufschrift Yokohama enthielt, wird jetzt ohne jede Aufschrift verfrachtet, um die Sprengstoffladungen der Kammernkamkeit der Arbeiterklasse zu entziehen. Yokohama ist einer der größten Häfen Japans. Die Natriumnitrattransporte gehen nach Frankreich, um von dort nach den japanischen Häfen verladen zu werden.

In verschiedenen Abteilungen der höchsten Farbwerte hat die Kriegsproduktion bereits zur Wiederaufnahme stillgelegter Werke geführt. Längere Zeit war die anorganische Produktion stillgelegt. Vor kurzem wurde sie wieder voll in Betrieb genommen und 300 Arbeiter wurden eingestellt.“

Standalöse Zustände beim Pirnaer Stadtbauamt

RPD-Stadtoberordnete und Klassenbewußte Arbeiter werden gemahnt. Schürzenjäger trotz fristloser Entlassung erneut auf Arbeiterfrauen losgelassen

(Arbeiterkorrespondenz Nr. 222)
Ungehörige Empörung herrscht gegenwärtig innerhalb der Bauarbeiterklasse. Die Vermählung des Stadtbauamtes leidet an der Arbeiterfront gegenüber die offensichtlichsten Provokationen. So wurden im vergangenen Herbst eine Reihe Arbeiter entlassen, ohne dabei nur den Grund der Entlassung zu vernehmen. Jetzt wurde der beim Bauhof seit einer Reihe von Jahren beschäftigte Arbeiter Bauhof, kommunistischer Stadtoberordneter in Pirna, und ein anderer Arbeiter unter dem Grund: „Sprengstoffmangel“ entlassen. Stadtbauamtsleiter Schmidt erklärte vor dem Arbeitergericht, „daß hierbei andere Gründe“ noch mitwirken. Dem wird zugestimmt, daß die Entlassung dieser Arbeiter nicht anderes als eine Maßregelung darstellt, weil beide im Interesse der Bauhofarbeiterklasse gemahnt haben und die

Belegschaft den RPD-Stadtoberordneten zum weitaus größten Teil als ihren Vertreter betrachtete.

Zur letzten Zeit, als beide Kollegen vor dem Arbeitergericht ihr Recht fordernten, wurde bekannt, daß einer der strammsten Kollaboranten der Bauhofverwaltung, der in seiner Arbeitszeit Arbeiterfrauen nachgeheilt und aus diesem Grunde schon mehrfach Verwarnungen erhalten haben soll, im Laufe voriger Woche fristlos entlassen wurde. Am Montag aber wurde er weiter beschäftigt. Der Mann wird also erneut auf die Arbeiterklasse im Bauhof losgelassen. Mit Recht empört sich die kämpfende Arbeiterklasse. Kollegen, nicht nur Praktiker! Geschlossen müßt ihr Front machen! Verlangt vom Betriebsrat sofort die Entlassung eurer Belegschaftsversammlung, erhebt gegen die Entlassung eurer Kollegen härtesten Protest, fordert ihre Weiterbeschäftigung!